„Israel wird zusammenbrechen“ – Warnung des israelischen Politikers Dr. Cassif

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse heute und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Moderator Zain Raza. Bevor wir mit diesem Interview beginnen, möchte ich Sie daran erinnern, unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten. YouTube, das zu Google gehört, kann uns jederzeit mit einem Shadowban belegen und zensieren. Sollte dieser Tag jemals eintreten, können wir Sie nicht mehr mit unseren Videos erreichen, auch nicht mit einer Ankündigung. Daher bitten wir alle unsere Zuschauer vorsichtshalber, diesen Kanälen noch heute beizutreten. Und wenn Sie unsere Videos regelmäßig ansehen, unterstützen Sie unseren Journalismus bitte mit einer Spende. Obwohl wir in diesem Jahr Millionen von Menschen erreicht haben und unser Kanal auf über 160.000 Abonnenten angewachsen ist, sind unsere Spenden im Sommer zurückgegangen. Wenn Sie möchten, dass wir unseren unermüdlichen, unabhängigen Journalismus fortsetzen, den Sie in den Konzernmedien nicht hören werden, denken Sie bitte daran, noch heute zu spenden. Um herauszufinden, wie Sie unseren alternativen Kanälen beitreten und spenden können, klicken Sie auf die Beschreibung dieses Videos unten.

Heute spreche ich mit dem israelischen Politiker und Mitglied des israelischen Parlaments, oder besser gesagt, mit dem suspendierten Mitglied des israelischen Parlaments, Dr. Ofer Cassif. Dr. Cassif ist außerdem Dozent für Philosophie und Politik an der Hebräischen Universität Jerusalem. Er promovierte an der London School of Economics. Dr. Ofer Cassif, willkommen zurück in der Sendung.

Ofer Casif (OC): Vielen Dank.

ZR: Lassen Sie uns zunächst mit Ihrem persönlichen Fall beginnen, bevor wir zum Gesamtbild übergehen. Als wir das letzte Mal miteinander sprachen, waren Sie vom israelischen Parlament wegen der Unterzeichnung einer öffentlichen Petition suspendiert worden, die den Antrag Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof unterstützte, in dem Israel Völkermord in Gaza vorgeworfen wird. Erst letzten Monat wurde Ihnen vom Ethikausschuss der Knesset eine weitere zweimonatige Suspendierung von Ihren

parlamentarischen Tätigkeiten auferlegt, nachdem sich andere Abgeordnete und Mitglieder der Öffentlichkeit beschwert hatten. Können Sie uns den Hintergrund dieser erneuten Suspendierung erläutern? Und was ist Ihrer Meinung nach das Ziel dieser wiederholten Versuche, Sie von politischen Aktivitäten auszuschließen?

OC: Zunächst einmal wird jeder verfolgt, der eine alternative Meinung vertritt, der versucht, sich gegen den anhaltenden Völkermord und die Gräueltaten in Gaza sowie die ethnischen Säuberungen im Westjordanland, die in letzter Zeit besonders tödlich verlaufen sind, auszusprechen oder zu protestieren. Jeder, der versucht, seine Stimme gegen diese Verbrechen zu erheben, wird verfolgt. Wenn wir sozusagen von normalen Bürgern sprechen, also von Menschen, die nicht wie Abgeordnete zumindest theoretisch Immunität genießen, dann wurden viele von ihnen von ihren Arbeitsplätzen entlassen oder von der Universität verwiesen oder sogar verhaftet, natürlich völlig zu Unrecht, nur wegen Posts oder Tweets. Die allgemeine Stimmung in Israel gleicht heute also neben den Verbrechen in den palästinensischen Gebieten einem faschistischen Staat, in dem jeder verfolgt wird, der nicht mit der Regierung übereinstimmt, insbesondere diejenigen, die ihre Stimme erheben, darunter übrigens auch die Familien der israelischen Geiseln. Sie wurden immer wieder systematisch von der Polizei schikaniert, die sich eher zu einer Art Privatmiliz des Ministers und der Regierung entwickelt hat, als dass sie im Dienste der Öffentlichkeit steht. Das heißt nicht, dass alle Polizisten so sind, aber als Institution stellt sich das so dar. Meine Verfolgung als Mitglied der Knesset, wir haben uns der Verfolgung meiner Genossen in meiner Fraktion in Hadash-Ta‘al angeschlossen, gehört sozusagen zur selben Familie. Es gab Versuche, mich letztes Jahr, Anfang 2024, wegen meiner Äußerungen gegen den Völkermord anzuklagen, weil ich den Begriff Völkermord verwendet habe, den ich weiterhin verwende, weil das leider die Realität ist. Ich kann mich nicht von der Realität abgrenzen, nur weil die Leute es nicht hören wollen oder mich und meine Genossen zum Schweigen bringen wollen. Es gab also Versuche, mich anzuklagen, weil ich den Begriff Völkermord verwendet habe und weil ich mich dieser Petition zur Unterstützung des südafrikanischen Appells an den IGH angeschlossen habe. Und da sie gescheitert sind, haben sie mich für genau dieselben Vorwürfe für sechs Monate suspendiert. Und kürzlich haben sie versucht, meinen Freund, dann Genossen, den Vorsitzenden unserer Fraktion, Ayman Odeh, anzuklagen, weil er seine Freude über die Freilassung der israelischen Geiseln und der palästinensischen Gefangenen zum Ausdruck gebracht hat, allein aus diesem Grund. Sie können also erkennen, dass trotz aller Einheit sehr oft unter dem Deckmantel des Ethikausschusses der Knesset, der von der rechten Koalition und Opposition kontrolliert wird, vorgegangen wird. Von Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit kann also keine Rede sein, ganz im Gegenteil.

Und jetzt hat der Ethikausschuss beschlossen, mich ab Oktober zu suspendieren, da die Knesset derzeit nicht tagt. Sobald sie im Oktober ihre Arbeit wieder aufnimmt, soll ich für zwei Monate suspendiert werden. Ich werde vor dem Obersten Gerichtshof Berufung einlegen. Aber im Moment gilt die Entscheidung, mich zu suspendieren, weil ich die Begriffe Völkermord und Kriegsverbrechen etc. verwendet habe, denn das ist die Wahrheit. Und ich werde weiterhin die Wahrheit sagen, egal, was es mich kostet. Und ich habe diesmal einen Brief an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag geschrieben, um ihn zu bitten,

gegen Premierminister Netanjahu wegen Völkermordes zu ermitteln. Denn meiner Ansicht nach, und das ist nicht nur meine Ansicht, sondern die Ansicht vieler Forscher, darunter auch jüdischer und israelischer, die sich auf ihr Fachwissen stützen, findet in Gaza ein Völkermord statt, und Netanjahu ist offensichtlich, wie wir sagen, der Kopf der Schlange und der Hauptschuldige. Das ist also Teil der Verfolgung. Ayman Odeh, den ich bereits erwähnt habe, und ich wurden vor ein paar Wochen bei einer Demonstration gegen den Völkermord von einem Mob fast gelyncht. Das ist die Atmosphäre in Israel. Da Sie aus Deutschland sprechen und die meisten Zuschauer, wie ich annehme, Deutsche sind, ziehe ich den Vergleich zur Weimarer Republik in ihrer dunkelsten Zeit, als Menschen verfolgt und oft von den Freikorps gelyncht wurden, was entweder aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, hauptsächlich Juden natürlich, oder aufgrund ihrer politischen Haltung, insbesondere Kommunisten, aber auch anderer, geschah. Wir befinden uns jetzt in derselben Atmosphäre, und in mancher Hinsicht sind wir bereits im Deutschland der 30er Jahre.

ZR: Wenden wir uns nun der Lage in und um Gaza zu. Nach Angaben mehrerer UN-Organisationen hat die Zahl der Todesopfer in Gaza bis zum 14. August 2025 tragischerweise 61.700 überschritten. UN-Organisationen warnten bereits vor einer Hungersnot, und im Juli meldete die Weltgesundheitsorganisation einen starken Anstieg der Todesfälle aufgrund von Unterernährung, was bestätigt, dass die Hungersnotschwelle in weiten Teilen Gazas überschritten ist. Anfang August genehmigte das israelische Sicherheitskabinett einen Plan zur militärischen Kontrolle der Stadt Gaza, was internationale Kritik auslöste. Deutschland reagierte mit einem teilweisen Stopp von Waffenexporten, die in Gaza eingesetzt werden könnten. Nebenbei bemerkt, die Berichterstattung darüber war ziemlich dürftig, worauf wir in der nächsten Frage näher eingehen werden. Aber schauen wir uns zunächst einmal die Reaktionen westlicher Staats- und Regierungschefs an. Die Außenminister Australiens, Kanadas, Frankreichs, Italiens, Neuseelands, Norwegens und Großbritanniens schlossen sich der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas an und verurteilten in einer gemeinsamen Erklärung die Pläne als Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht. Außerdem kündigte Norwegens größter Staatsfonds an, sich weiter aus israelischen Unternehmen zurückzuziehen, nachdem man sich bereits aus elf Unternehmen gelöst hatte. Am 12. August gab Premierminister Benjamin Netanjahu in einem Interview mit i-24 News, anstatt einen Rückzieher zu machen, bekannt, dass er sich auf einer, Zitat, „historischen und spirituellen Mission“ befinde und sich sehr mit der Vision eines, Zitat, „Großisrael“, verbunden fühle, was scharfe Kritik seitens der Arabischen Liga und mehrerer arabischer Regierungen hervorrief.

Dr. Cassif, könnten Sie Ihre Einschätzung zu Israels Plan zur Kontrolle von Gaza-Stadt darlegen und näher erläutern, was Netanjahu mit „Großisrael“ meint? Und zweitens: Halten Sie diese Sanktionen und Reaktionen des Westens für ausreichend, um die Lage in Gaza zu entschärfen?

OC: Ich möchte erinnern oder darauf hinweisen, dass ich bereits in einem Interview im Oktober 2023 – woraufhin ich übrigens suspendiert wurde, allerdings nur für 45 Tage, verglichen mit diesem Fall – darauf hingewiesen habe, dass die wahre Absicht hinter dem

Angriff auf Gaza, und wir sprechen hier vom Beginn des Angriffs, ich glaube, das Interview fand noch vor der Invasion in Gaza statt, denn damals handelte es sich nur um Bombardierungen aus der Luft, ich habe also bereits gewarnt, dass die wahre Absicht der Regierung nicht darin bestand, die Sicherheit der Israelis zu gewährleisten oder die israelischen Geiseln zu befreien, die dort gefoltert werden und qualvoll sterben – das dürfen wir nicht vergessen –, und dass es sich auch nicht um eine Racheaktion gegen die Hamas handelte, sondern darum, die Gelegenheit zu nutzen, die die Hamas der israelischen Regierung mit ihrem verbrecherischen Massaker vom 7. Oktober geboten hatte. Die israelische Regierung nutzt das Massaker, das kriminelle Massaker vom 7. Oktober, als Vorwand, um den sogenannten entscheidenden Plan voranzutreiben, den Smotrich bereits 2017 vorgestellt hat. Und dieser Plan war in drei Punkten sehr klar.

Erstens, Israel soll alle besetzten palästinensischen Gebiete annektieren. Und das natürlich ohne den Palästinensern grundlegende Rechte zu gewähren. Das bedeutet ein klares Apartheidregime. Der zweite Punkt war, dass diejenigen Palästinenser, die ihren Status als Bürger zweiter oder, ich würde sogar sagen, achter Klasse oder, um genauer zu sein, als Untertanen, nicht akzeptieren würden, aus ihrer Heimat vertrieben werden sollen. Und drittens, dass diejenigen Palästinenser, die sich diesen Verbrechen widersetzen, getötet werden. Sie haben auf eine Gelegenheit gewartet, diesen Völkermordplan auszuführen. Tatsächlich haben sie versucht, ihn sofort nach der Wahl der Regierung, oder besser gesagt, nach ihrer Bildung, umzusetzen. Und die sogenannte Justizreform, an die Sie sich wahrscheinlich erinnern, die die Regierung vor dem 7. Oktober 2023 zu verfolgen versuchte und die übrigens ein beschönigender Begriff für einen Putsch, einen faschistischen Putsch ist, sollte eigentlich dazu dienen, diesen völkermörderischen Plan schließlich zu verwirklichen. Was war die wahre Absicht hinter dem Putsch? Alle Faktoren zu beseitigen, die die Umsetzung des Plans verhindern könnten. Sie scheiterten an den Demonstrationen. Und dann kam der 7. Oktober, das Massaker. Seitdem verfolgt die israelische Regierung genau denselben Plan, den Völkermordplan von Smotrich. Und Sie können es mit eigenen Augen sehen, es läuft auf drei verschiedene Strategien hinaus. Die erste ist der Völkermord in Gaza. Die zweite ist die ethnische Säuberung im Westjordanland. Die dritte ist, Israel zu einem faschistischen Regime zu machen. Das bedeutet, die grundlegenden Bürgerrechte der Bürger Israels, Araber, Juden und andere gleichermaßen, vollständig zu beseitigen. Und genau das haben wir in den letzten Monaten erlebt. Das ist die wahre Absicht hinter den Versuchen, den gesamten Gazastreifen zu besetzen und die Palästinenser buchstäblich ethnisch zu säubern und zu töten. Das ist also die wahre Absicht. Sie war schon vor dem 7. Oktober vorhanden. Und nach dem 7. Oktober wurde ihre Umsetzung noch verschärft. Das ist die Wahrheit.

Was die Frage nach der internationalen Gemeinschaft angeht, so hat diese zu wenig und zu spät reagiert. Viel zu wenig und vor allem zu spät, denn seit dem 7. Oktober sind fast zwei Jahre vergangen. Die Zahl der Todesopfer ist wahrscheinlich viel höher als bekannt, denn wenn wir heute von 61.000 sprechen, von denen übrigens fast 20.000 Kinder sind, dann sprechen wir von denjenigen, die identifiziert wurden. Viele liegen unter den Trümmern, einige davon seit fast zwei Jahren. Viele werden an Hunger sterben. In Gaza herrscht keine Hungersnot, sondern es wird absichtlich und kriminell Hunger verursacht, und natürlich

Dehydrierung und ähnliche Zustände, die von der israelischen Regierung absichtlich als Politik verfolgt werden. Ich befürchte daher, dass die Zahl der Todesopfer noch viel höher sein wird. Experten schätzen, dass es mehr als 100.000 sein werden.

Und natürlich kommen noch all diejenigen hinzu, die Gliedmaßen verloren haben, darunter so viele Kinder, und diejenigen, die aufgrund dieses anhaltenden Völkermords krank und körperlich, geistig und emotional behindert zurückbleiben werden. Wo war die internationale Gemeinschaft bisher? Ich kann mich nicht zurückhalten. Ich kann es nicht. Als jemand, der aus einer Familie stammt, deren Mitglieder mütterlicherseits größtenteils von den Nazis ermordet wurden – meine Großeltern haben ihre gesamte Familie verloren, sie waren die einzigen, die nicht getötet wurden, weil sie Polen vor der Besetzung verlassen hatten –, kann ich nicht umhin, einen Vergleich zwischen der damaligen und der heutigen Reaktion der internationalen Gemeinschaft anzustellen. Damals schwieg sie, heute schweigt sie. Ich gebe natürlich in erster Linie der israelischen Regierung und ihren Stellvertretern sowie denen, die sozusagen die Hinrichtungen vollziehen, die Schuld für den Völkermord. Aber ich gebe auch den internationalen Gemeinschaften und verschiedenen Regierungen, die bisher geschwiegen haben, einen großen Teil der Schuld. Und deshalb sagte ich, dass es zu spät ist, aber auch zu wenig, weil wir der Worte überdrüssig sind. Wir brauchen Taten. Und diese Taten müssen gegen die israelische Regierung gerichtet sein, sodass sie ihr schaden. Damit meine ich natürlich nicht, dass ich Gewalt befürworte. Es sei denn, wir erreichen einen Punkt, an dem es keine andere Wahl mehr gibt. Im Moment bin ich gegen jede Art von gewalttätiger Reaktion, aber ich unterstütze Sanktionen – absolut. Alle Arten von Sanktionen. Und weil dies, wie ich kürzlich in einem anderen Interview gesagt habe – gestatten Sie mir, mich selbst zu zitieren –, ich halte solche Instrumente wie Sanktionen nicht nur für gewaltfrei, was sie legitimiert, sondern sie dienen nicht nur der Gerechtigkeit, die das höchste Gut ist, der Gerechtigkeit für alle, für die Palästinenser, sondern auch für die israelischen Geiseln. Vergessen wir nicht, dass sie von dieser kriminellen, völkermörderischen Regierung zynisch und absichtlich geopfert wurden. Sie wurden geopfert. Ich stehe in Kontakt mit ihren Familien, die wegen der Regierung leiden. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Hamas und diejenigen, die die Geiseln festhalten, unschuldig sind. Absolut nicht, um es milde auszudrücken. Natürlich mache ich auch sie für die Folter und die Aushungerung der Geiseln verantwortlich. Aber es gibt seit Monaten, seit über einem Jahr, ein Abkommen auf dem Tisch. Und die israelische Regierung untergräbt jede Möglichkeit, eine Einigung zu erzielen, um alle Geiseln freizulassen und das Blutvergießen zu beenden. Darüber hinaus denke ich, dass unser Kampf und mein Kampf, wie ich bereits sagte, für Gerechtigkeit geführt wird, aber es ist auch ein Kampf um die Seele der israelischen Gesellschaft, die dem Untergang geweiht ist. Und ich denke, dass die internationale Gemeinschaft in dieser Hinsicht unzureichend reagiert.

ZR: In Bezug auf Sanktionen kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz kürzlich eine Aussetzung der Genehmigungen für Waffenexporte an, die potenziell in Gaza eingesetzt werden könnten. Diese Entscheidung löste einen Aufruhr innerhalb des konservativen Blocks, der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der Christlich-Sozialen Union (CSU), aus, die Merz vorwarfen, Deutschlands historisches Engagement für die Sicherheit

Israels zu untergraben. Unabhängige Medienkritiker warnen jedoch, dass die Sanktionen und die Debatte darum lediglich Theater seien. So entwickelt beispielsweise der Rüstungskonzern RENK, der Israel mit Getrieben für Panzer beliefert, bereits einen Plan B, um die Produktion bei einer Durchsetzung des Exportverbots in Deutschland an einen anderen Standort, beispielsweise in die USA, zu verlagern. Darüber hinaus konnte ich bisher recherchieren, dass Deutschland Israel lediglich gebeten hat, diese Waffen nicht in Gaza einzusetzen, ohne dass es wirksame rechtliche oder Kontrollmechanismen gibt. Damit bleibt die vollständige Kontrolle bei Israel. Israel kann im Grunde diese Waffen für den Libanon oder gegen das Westjordanland einsetzen, und später nach eigenem Ermessen in den Gazastreifen umleiten. Können Sie zu dem sogenannten Teilverbot Deutschlands Stellung nehmen? Und wie beurteilen Sie die in den deutschen Medien häufig wiederholte Darstellung, dass Deutschland einerseits aufgrund des Holocaust eine historische Verpflichtung gegenüber Israel habe, andererseits aber das humanitäre Völkerrecht einhalten müsse?

OC: Ich und meine Genossen, Palästinenser und Juden gleichermaßen, in meiner Bewegung in Israel, legen Wert auf die Sicherheit Israels. Wir sind nicht gegen die Sicherheit Israels. Oft wird versucht, uns so darzustellen, als seien wir gegen die Sicherheit Israels. Das sind wir nicht. Wir wollen, dass Israel sicher ist. Wir unterstützen die Zwei-Staaten-Lösung und das Recht Israels, als souveräner, friedlicher Staat zu existieren. Wie ich bereits gesagt habe, kämpfen wir für Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist universell und gilt auch für Israelis. Das Problem ist, dass diejenigen, die die Bewaffnung Israels unterstützen, tatsächlich den Interessen Israels und seiner Sicherheit schaden, natürlich zusätzlich zu den Palästinensern. Denn der Hauptfeind der Israelis und des Staates Israel ist derzeit die israelische Regierung.

Ich habe das Beispiel der israelischen Geiseln angeführt. Das ist ihnen gleichgültig. Sie schicken junge Israelis oder Soldaten als Kanonenfutter in den Tod. Was für eine Sicherheit ist das? Was für eine Zukunft hat Israel? Wir müssen diese Lüge aufdecken. Diejenigen, die sich, wie ich, wirklich um die Zukunft und die Sicherheit Israels sorgen, müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um diese verrückte, fanatische Regierung zu stoppen. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Palästinenser und Israelis sowie der gesamten Region und letztendlich der ganzen Welt, dieses Blutvergießen zu beenden. Denn wenn es so weitergeht, muss nicht nur das palästinensische Volk den Preis dafür zahlen, sondern in erster Linie natürlich auch die Israelis, und zwar nicht nur die Geiseln, die geopfert wurden, sondern letztendlich die Bürger Israels insgesamt und der Staat Israel selbst. Eine solche Politik wird nicht lange überleben. Und das vor allem, weil sich hinter dem Nebelvorhang Verbrechen der Regierung gegen die Bürger Israels verbergen, wie die von mir bereits erwähnte Verfolgung.

Wenn also jemand in Deutschland, und ich unterstütze das, sich wirklich um die Zukunft der Israelis und um die Sicherheit Israels sorgt, muss er als Erstes die Sanktionen befürworten, die Bundeskanzler Merz angekündigt oder erwähnt hat. Das liegt auch in unserem Interesse. Die israelische Regierung ist gegen das israelische Volk. Das sagen die meisten Israelis, nicht nur diejenigen, die meine Ansichten teilen oder ihnen zustimmen, sondern ganz allgemein die meisten Menschen. Die meisten Menschen haben inzwischen verstanden, dass die Regierung die Kontrolle verloren hat. Das ist Wahnsinn, angeführt von einer Person, die sich nur um

sich selbst kümmert, Netanjahu, der sich nur um seine Zukunft außerhalb des Gefängnisses und um sein Umfeld aus fanatischen messianischen Eiferern wie Smotrich, Ben-Gvir und anderen kümmert. Sie handeln nicht zum Wohle Israels und der Israelis. Sie handeln, um einen verrückten messianischen Traum zu verwirklichen, der in der Praxis ein Albtraum ist. Man muss sich also entscheiden, auf welche Seite man sich stellt. Schließt man sich der israelischen Regierung an, die zusätzlich zu ihren Gräueltaten gegen das palästinensische Volk auch gegen die Israelis vorgeht? Oder unterstützt man das israelische Volk gegen seine eigene Regierung? Die Deutschen haben das in der Vergangenheit erlebt. Wir alle wissen, dass die Regierung in Deutschland in den 30er und 40er Jahren, zumindest in der ersten Hälfte der 40er Jahre, nicht im Interesse des deutschen Volkes gehandelt hat, sondern genau das Gegenteil. Denken Sie an Sophie Scholl, die Untergrundbewegung „Weiße Rose“, eine gewaltfreie Untergrundbewegung. Denken Sie an sie und daran, ihnen zu helfen.

ZR: Lassen Sie uns näher auf die innenpolitische Lage Israels eingehen. Wirtschaftlich gesehen prognostiziert der IWF in seinem Ausblick vom April 2025 für Israel ein BIP-Wachstum von 3,2 % für 2025, was unter der Schätzung der Bank of Israel von 3,5 % liegt. Der IWF warnt davor, dass der anhaltende Krieg das Wachstum bremst, das Vertrauen der Investoren untergräbt und die finanzielle Stabilität belastet. Politisch haben sich im Juli die ultraorthodoxen Parteien aus der Koalition zurückgezogen, nachdem Premierminister Benjamin Netanjahu den Entwurf für ein Ausnahmegesetz nicht durchbringen konnte, dessen Verabschiedung er versprochen hatte, um sich ihre politische Unterstützung zu sichern. Nun ist seine parlamentarische Mehrheit stark geschwächt, sodass ihm nur noch minimaler Handlungsspielraum bleibt. Militärisch sind zwar genaue Zahlen schwer zu finden, doch berichten israelische Medien von besorgniserregenden Zahlen bei Burnouts und Fehlzeiten von Reservisten.

Darüber hinaus unterzeichneten am 4. August mehr als 600 pensionierte Sicherheitsbeamte, darunter ehemalige Leiter der Militärgeheimdienste, einen offenen Brief, in dem sie die Vereinigten Staaten aufforderten, Netanjahu zu einem Waffenstillstand zu drängen. Unterdessen berichten israelische Medien, dass der Stabschef der IDF, Generalleutnant Eyal Zamir, ernsthafte Meinungsverschiedenheiten mit Benjamin Netanjahu hatte und sogar davor warnte, dass der Plan zur Besetzung von Gaza-Stadt die militärischen Kapazitäten erschöpfen könnte. Trotz seiner Einwände wurde der Plan dennoch verabschiedet. Wie Sie bereits erwähnt haben, nehmen die Antikriegsdemonstrationen in den großen Städten zu und die Berichterstattung in den inländischen Medien wird langsam immer kritischer gegenüber dem Krieg. Können Sie als jemand, der in Israel lebt, etwas zu diesen inneren Widersprüchen und der aktuellen Stimmung in der Bevölkerung sagen? Und können Sie uns Ihre Einschätzung geben, ob Israel Ihrer Meinung nach auf einen bevorstehenden Zusammenbruch zusteuert?

OC: Ich beginne mit der letzten Frage. Wie ich bereits gesagt habe, ja, ich befürchte, dass Israel zusammenbrechen wird, wenn es so weitergeht – wirtschaftlich, politisch oder diplomatisch, wenn Sie so wollen. Vor allem sozial ist die israelische Gesellschaft sehr polarisiert. Die Gewalt innerhalb der israelischen Gesellschaft nimmt zu. Ich habe bereits erwähnt, dass Ayman Odeh und ich vor einigen Wochen fast gelyncht worden wären, aber das

ist nur ein Beispiel. Die Gewalt gegen jeden, der die Regierung nicht akzeptiert oder mit ihr nicht einverstanden ist, die Gewalt entweder durch die Polizei bei Demonstrationen oder durch einen rechten Mob auf den Straßen, bei Demonstrationen oder anderswo, ganz zu schweigen von den sozialen Netzwerken, nimmt überall zu. Es ist also offensichtlich, dass es zu einem Eklat kommen wird, wenn das so weitergeht. Ich befürchte, dass wir am Rande eines Bürgerkriegs stehen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass ein politischer Mord, vielleicht sogar mehrere Morde, bevorstehen. Bislang hat sich außer einer Person niemand aus der Koalition bereit erklärt, die Lynchjustiz zu verurteilen, der zwei Mitglieder der Knesset, Ayman Odeh und ich, fast zum Opfer gefallen wären. Sie haben sich geweigert, dies zu verurteilen. Sie legitimieren es. Sie haben es legitimiert. All dies zusammen, die Wirtschaft, nicht nur die von Ihnen erwähnten Faktoren wie Wachstum und so weiter, die Arbeitslosigkeit, die Lebenshaltungskosten, so viele Faktoren und Elemente, führen dazu, dass Israel wirtschaftlich am Rande des Zusammenbruchs steht. Das wird nicht morgen passieren. Wirtschaftliche Prozesse brauchen normalerweise Zeit, aber wir, und insbesondere die Ärmsten, werden es schon bald zu spüren bekommen. Aber vor allem in sozialer Hinsicht wird diese Polarisierung in den israelischen Straßen in einer Welle von Gewalt explodieren. Und das wird natürlich zu einem totalen Zusammenbruch der israelischen Gesellschaft führen, wenn es nicht aufhört. Ich bin also ziemlich pessimistisch: Wenn wir nichts ändern, bin ich mir ziemlich sicher, dass das das Ende dieses Staates sein wird. Ich möchte diesen Staat ändern. Ich möchte ihn verbessern. Ich möchte, dass es ein demokratischer, egalitärer Staat wird. Aber ich möchte nicht, dass er verschwindet. Und genau das tut die Regierung. Sie führt ihn in die völlige Auslöschung. In diesem Sinne ist die Regierung, wie ich bereits erwähnt habe, der Erzfeind der Israelis und der israelischen Gesellschaft. Ja, ich mache mir natürlich große Sorgen darüber. Ich befürchte, wenn wir nichts ändern und die internationale Gemeinschaft nicht auf unserer Seite haben, wie ich bereits gesagt habe, dass es unvermeidlich ist.

ZR: Die zweistufige Lösung bleibt das Markenzeichen der westlichen diplomatischen Rhetorik. Wie der deutsche Außenminister Johann Wadephul kürzlich betonte, sollte, Zitat „die Anerkennung eines palästinensischen Staates am Ende der Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung stehen", und er warnte, dass Deutschland auf einseitige Maßnahmen Israels reagieren werde. Eine zentrale Debatte bleibt jedoch bestehen: Sollte ein Zwei-Staaten-Modell organisch aus dem Dialog zwischen Israel und Palästina hervorgehen? Oder sollte es durch diplomatischen oder rechtlichen Druck von außen durchgesetzt werden? Und vielleicht am wichtigsten: Gibt es überhaupt noch Spielraum für eine solche Lösung? In den letzten Jahrzehnten und insbesondere seit 2023 hat Israel den Ausbau seiner Siedlungen vorangetrieben und große Teile des Westjordanlands de facto annektiert. Zuletzt wurde der Plan wiederbelebt, Tausende von Wohnungen im E1-Korridor zu genehmigen, was laut Kritikern das Konzept eines palästinensischen Staates begraben würde. Dies wirft eine wichtige Frage auf, die westliche Politiker und große Medienunternehmen regelmäßig ignorieren, wenn sie die Rhetorik der Zwei-Staaten-Lösung anführen: Was bleibt für einen Palästinenser in einer Zwei-Staaten-Lösung? Welche Landressourcen und welche Autonomie bleiben angesichts dieser Realitäten übrig? Würden die Palästinenser das Land zurückerhalten, das Israel in den letzten Jahrzehnten annektiert hat? Können Sie Ihre

Einschätzung zu diesen Fragen abgeben und sagen, ob eine Zwei-Staaten-Lösung, wie sie heute diskutiert wird, noch realisierbar ist? Oder ist sie nur noch ein diplomatischer Slogan?

OC: Okay, ich muss in fünf Minuten los, also werde ich mich kurz fassen. Zunächst einmal möchte ich mit etwas beginnen, das meiner Meinung nach nicht realistisch ist. Es geht um die Ein-Staaten-Lösung. Ich persönlich und meine Genossen haben ideologisch gesehen kein Problem mit der Ein-Staaten-Lösung. Aber wir halten sie angesichts der mehr als 100-jährigen Geschichte und des Kräfteverhältnisses zwischen Palästinensern und Israelis für unrealistisch, da ein Staat zwangsläufig ein Apartheidstaat sein würde, in dem einige Menschen von vornherein mehr Macht hätten als andere, zumal das palästinensische Volk ein Recht auf nationale Selbstbestimmung und einen eigenen Staat hat. Vielleicht wird es in Zukunft, vorausgesetzt es gibt zwei Staaten, später natürlich die Möglichkeit geben, diese in eine Konföderation, eine Föderation oder einen Staat umzuwandeln, sofern alle damit einverstanden sind. Aber zunächst brauchen die Palästinenser ihren eigenen palästinensischen Staat in den 1967 von Israel besetzten Gebieten neben dem Staat Israel. Und noch einmal: Wenn beide Seiten, alle Beteiligten, später einer Umwandlung zustimmen, dann soll es so sein. Im Moment ist das unmöglich.

Es ist möglich, und meiner Meinung nach sogar einfacher, als man denkt, die illegalen Siedlungen zu räumen. Alle Siedlungen sind nach internationalem Recht und den Resolutionen der Vereinten Nationen illegal und müssen geräumt werden. Und natürlich besteht dann, sobald dies geschehen ist, und das wird es natürlich, die Möglichkeit, einen palästinensischen Staat im Westjordanland und natürlich im Gazastreifen einschließlich Ostjerusalem zu gründen. Das ist ein Muss. Und es gibt keine andere Möglichkeit. Und noch einmal: Die internationale Gemeinschaft muss Druck ausüben, damit zunächst Gespräche zwischen den Seiten stattfinden und anschließend eine Anerkennung erfolgt. Wenn es nicht so traurig und tragisch wäre, würde ich laut lachen. Denn die israelischen Regierungen in den letzten 30 Jahren, abgesehen vielleicht von einer oder zwei Regierungen, die nicht lange Bestand hatten, in den 30 Jahren war Netanjahu die meiste Zeit Premierminister, und seine Absicht, ich würde vielleicht von seinem Lebensprojekt sprechen, ist es, mit allen Mitteln die Möglichkeit der Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Das ist der Grund, warum er die Hamas buchstäblich und praktisch unterstützt und sich gegen die Palästinensische Autonomiebehörde gestellt hat. Er sagte 2019 mit seinen eigenen Worten, dass jeder, der sich gegen einen palästinensischen Staat stellt, die Hamas unterstützen und sich gegen die Palästinensische Autonomiebehörde stellen muss. Und genau das hat er mit dem Geld getan, das er an die Hamas im Gazastreifen weitergeleitet hat. Von welchen Gesprächen ist also die Rede? Was erwarten Sie? Ein Premierminister, der 30 Jahre lang und sein ganzes Erwachsenenleben lang die Verhinderung eines palästinensischen Staates zu seinem Lebensprojekt, seiner Lebensaufgabe gemacht hat, muss unter Druck gesetzt werden. Und das ist wiederum im Interesse sowohl des palästinensischen als auch des israelischen Volkes.

ZR: Dr. Ofer Cassif, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

OC: Danke, vielen Dank. Alles Gute, und einen schönen Tag noch.

ZR: Und vielen Dank für Ihr Interesse. Vergessen Sie nicht, auf den Abonnieren-Button unten zu klicken, bevor Sie gehen. Es dauert nur einen Moment und kostet Sie nichts. Und vergessen Sie nicht, unseren Journalismus zu unterstützen, der kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt und dessen Ziel es ist, Ihnen Informationen zu liefern, die Sie in den Leitmedien nicht hören werden. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:	**PAYPAL:**	**PATREON:**	**BETTERPLACE:**
Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Klicken Sie hier

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

---